

Wer ist bereit, Geflüchteten eine Aufnahme in Europa zu gewähren?

Ergebnisse einer 13-Länder-Studie

Jürgen Gerhards

Beitrag zum Plenum 5 »Migration, Flucht und Transnationale Integration«

Die Anzahl der Geflüchteten, die in Europa Schutz suchen, ist in den Jahren 2014 bis 2016 exponentiell angestiegen. Vor allem die Verschärfung des Bürgerkriegs in Syrien ist dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen gezwungen waren, ihr Land zu verlassen und versucht haben, in Europa Zuflucht zu finden. Diese Entwicklung hat in Europa bekanntlich zu einer kontroversen öffentlichen Debatte darüber geführt, ob und in welchem Maße die EU-Mitgliedsländer bereit sind, Verfolgten Asyl zu gewähren. Angesichts der anhaltend hohen Asylbewerberzahlen sprachen und sprechen sich immer mehr Politiker/-innen gegen eine Aufnahme von Geflüchteten aus. In vielen europäischen Ländern beobachten wir ein Erstarken rechtspopulistischer Parteien, die sich in besonderem Maße gegen die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen. Dazu gehören zum Beispiel die Partei „Die Finnen“ in Finnland, UKIP im Vereinigten Königreich, die Volkspartei in Dänemark, Front National in Frankreich, Gert Wilders Partei für die Freiheit in den Niederlanden, die Alternative für Deutschland, die Freiheitliche Partei in Österreich, Attack in Bulgarien, Fidesz in Ungarn, Lega in Italien und die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen.

Häufig berufen sich die Parteien und deren Sprecher/-innen auf die Einstellungen der Bürger/-innen ihres Landes. Sie sehen sich selbst als deren wahre Repräsentanten, die die ablehnende Haltung der Bürger/-innen zur Aufnahme von Geflüchteten zum Ausdruck bringen. Welche Einstellungen haben aber die Bürger/-innen zu Geflüchteten und in welchem Maße sind sie bereit, ihnen Zuflucht in Europa zu gewähren?

Wir untersuchen diese Frage auf der Grundlage einer in 13 Mitgliedsländern der EU durchgeführten Umfrage. Wir werden zuerst (1) kurz das Design der Umfrage erläutern, dann (2) die Ergebnisse präsentieren und schließlich (3) ausführlicher auf die Frage eingehen, wie man den Unterschied zwischen unseren eher optimistischen Ergebnissen und der Wahrnehmung des öffentlichen Diskurses über die Aufnahme von Geflüchteten erklären kann und welche politischen Schlussfolgerungen sich aus unseren Befunden ergeben.

Daten und Methoden

Grundlage unserer Untersuchung bildet eine Bevölkerungsumfrage („Transnational European Solidarity Survey – TESS“), die wir zwischen Mai und November 2016 in 13 EU-Ländern durchgeführt haben. Für zwölf der 13 Länder wurden 1.000 Telefoninterviews (Festnetz- und Mobilfunk) realisiert; in Zypern wurde die Samplegröße auf 500 reduziert. Befragt wurden Staatsbürger/-innen der ausgewählten Länder, die zum Befragungszeitpunkt mindestens 18 Jahre alt waren. Auf der Basis einer Umfrage in 13 Ländern ist es zwar nicht möglich, ein vollständiges Bild der Einstellungen der EU-Bürger/-innen zu Geflüchteten in allen 28 Mitgliedsländern der EU zu rekonstruieren. Um aber ein möglichst breites Spektrum an Ländern zu erfassen, haben wir die Länder systematisch entlang verschiedener Kriterien ausgewählt.¹

Wir unterscheiden in unserer Umfrage zwischen verschiedenen Personengruppen von Geflüchteten und haben erhoben, ob die Befragten einer schutzsuchenden Person das Bleiberecht in der EU zubilligen würden, wenn sie verfolgt wird, weil sie sich (a) für Menschenrechte eingesetzt hat, (b) homosexuell ist, (c) einer religiösen Minderheit angehört oder (d) aufgrund von Krieg oder Bürgerkrieg ihr Heimatland verlassen musste.² Damit erfassen wir die Einstellungen der Bürger/-innen zu denjenigen Personen, denen laut Genfer Flüchtlingskonvention einerseits und der europäischen Qualifikationsrichtlinie zum subsidiären Schutz andererseits ein Recht auf Asyl zusteht. Zusätzlich haben wir aufgrund der Erkenntnisse früherer Forschungen (Gerhards et al. 2016) bei den religiösen Minderheiten zwischen Geflüchteten muslimischen und christlichen Glaubens unterschieden. Die Differenzierung von Gruppen entlang verschiedener Fluchtmotive ermöglicht es uns, sowohl die generelle Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten als auch die Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen zu bestimmen. Wir messen die Zustimmung zur Aufnahme von Geflüchteten mit Hilfe einer Likert-Skala mit vier Ausprägungen, die von „stimme voll und ganz zu“ bis „lehne voll und ganz ab“ reicht.

Die Einstellungen der Bürger/-innen zur Aufnahme von Geflüchteten

Abbildung 1 zeigt die Einstellungen aller Befragten der 13 Länder zur Aufnahme von Geflüchteten, differenziert nach den verschiedenen Fluchtgründen. Zusätzlich haben wir einen Index berechnet, der die durchschnittliche Zustimmung für alle Fluchtgründe wiedergibt (hier nicht abgebildet). Zustimmungende Antworten sind oberhalb, ablehnende Antworten unterhalb der Nullprozentlinie abgebildet.

Durchschnittlich sprechen sich 81 Prozent der Bürger/-innen für ein Bleiberecht für Geflüchtete aus. Zugleich zeigen die Ergebnisse, dass die Zustimmungsraten je nach Fluchtgrund variieren. Große Einigkeit besteht vor allem bei Kriegsflüchtlingen (90 Prozent), bei politisch verfolgten Menschenrechtsaktivisten (89 Prozent) und bei Angehörigen einer christlichen Minderheit (83 Prozent). Die Aufnahmebereitschaft fällt geringer aus, wenn jemand aufgrund seiner Homosexualität (76 Prozent) oder seines muslimischen Glaubens (67 Prozent) verfolgt wird. Aber auch in diesen beiden Fällen sprechen

¹ Zu Details zur Länderauswahl und zur Umfrage insgesamt vgl. Gerhards et al. 2019.

² Die Frageformulierung (hier wiedergegeben aus dem auf Englisch formulierten Masterfragebogen, der dann in die einzelnen Sprachen übersetzt wurde) lautete folgendermaßen: „People have different reasons for coming to the European Union. Please tell me to what extent you agree or disagree with granting the right to stay for people who (a) ... are persecuted because they campaign for human rights, (b) ... are persecuted because they belong to a Christian minority, (c) ... suffer from a war, (d) ... are persecuted because they are homosexuals, (e) ... are persecuted because they belong to a Muslim minority.“

sich mehr als zwei Drittel der Bürger/-innen Europas dafür aus, den genannten Gruppen ein Bleibe-recht zu gewähren. Die gefundenen Zustimmungsunterschiede zwischen den Fluchtgründen stimmen mit den Werten einer ähnlichen, nur in Deutschland durchgeführten Studie überein (Gerhards et al. 2016).³ Auch die Tatsache, dass die Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete muslimischen Glaubens niedriger ausfällt als für die anderen Gruppen, deckt sich mit den Befunden einer anderen Studie (Bansak et al. 2016).

Die in Abbildung 2 präsentierten Ergebnisse zeigen, dass sich nicht nur die Mehrheit aller EU-Bürger/-innen, sondern auch die Mehrheit der Bürger/-innen in den 13 einzelnen Nationalstaaten für die Aufnahme von Geflüchteten ausspricht. Zugleich fallen die Unterschiede zwischen den Ländern ins Auge. Während in Deutschland, Spanien und Schweden die Zustimmungsrate bei circa 87 Prozent liegt, finden sich in den ost- und südosteuropäischen Staaten deutlich niedrigere Werte. Zudem ist der Anteil der Befragten, die „voll und ganz“ zustimmen, in Ungarn und anderen postsozialistischen Staaten deutlich geringer als in den anderen Ländern, auch wenn die Werte noch über 50 Prozent liegen.

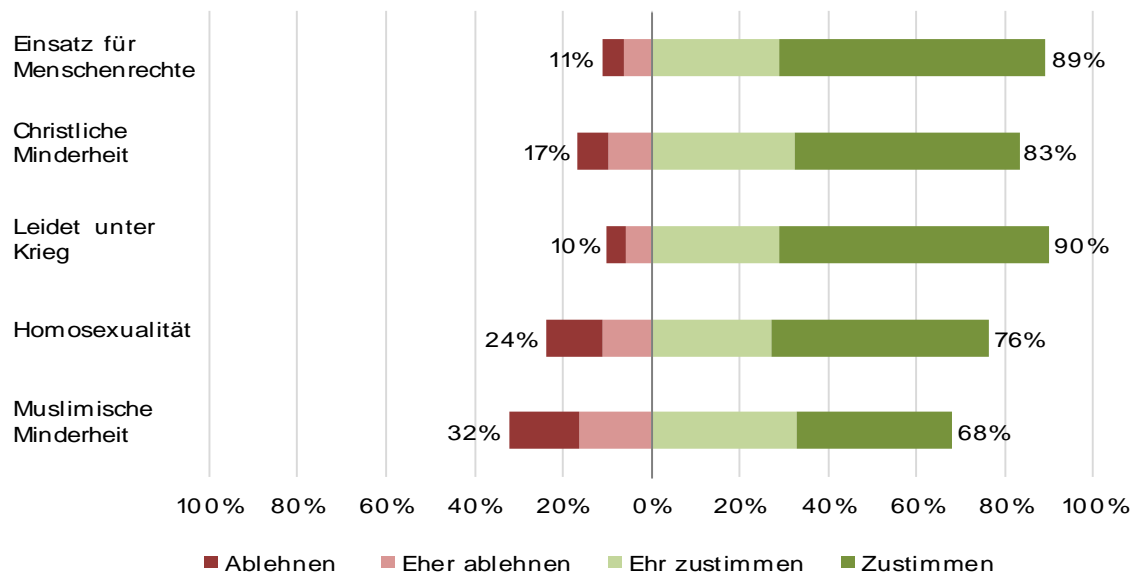


Abbildung 1. Zustimmung, dass Geflüchtete in Europa bleiben dürfen, differenziert nach Fluchtursache (in Prozent) (Quelle: TESS 2016, eigene Berechnungen, N=11.296, relative Häufigkeiten, nur gültige Antworten, gewichtet)

³ In dieser Studie konnten die Befragten einem Verbleib von Geflüchteten nicht nur zustimmen bzw. den Vorschlag ablehnen, sondern auch eine unentschiedene Meinung äußern. Daher liegen die Zustimmungsraten der hier präsentierten Ergebnisse circa zehn Prozentpunkte über dem Niveau der Vergleichsstudie.

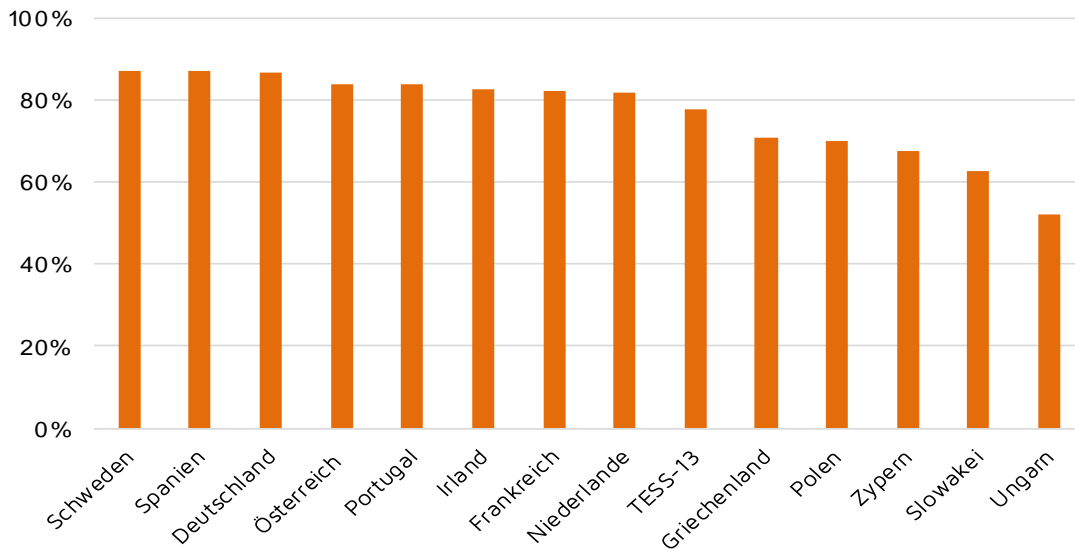


Abbildung 2. Durchschnittliche Zustimmung über alle Fluchtgründe, dass Geflüchtete in Europa bleiben dürfen, differenziert nach Ländern (in Prozent) (Quelle: TESS 2016, eigene Berechnungen, N=11.296, relative Häufigkeiten, nur gültige Antworten, gewichtet)

Spezifiziert man die Analyse weiter, indem man die Zustimmung der Bürger/-innen in den 13 Ländern je nach Fluchtgrund differenziert betrachtet, dann sieht man, dass sich die Bürger/-innen Zyperns und der Visegrád-Länder Polen, Slowakei und Ungarn mehrheitlich gegen die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge aussprechen (Zypern: 48 Prozent; Polen: 46 Prozent; Slowakei: 39 Prozent; Ungarn: 34 Prozent). Auch die Zustimmungsraten zu homosexuellen Geflüchteten sind in den genannten geringer als in den anderen EU-Ländern.

Auf die Erklärung der Länderunterschiede sind wir in dem in Fußnote 1 erwähnten Buch genauer eingegangen. Wir vermuten, dass vor allem eine starke affektive Bindung an die eigene Nation und die Orientierung an christlichen Werten besonders bedeutsam sind. Bei den postsozialistischen Staaten handelt es sich um Länder, die erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre vollständige Souveränität wiedererlangt haben und in denen deshalb die nationale Identität eine besondere Rolle spielt. Die Kehrseite dieser nationalen Verbundenheit bildet der Widerstand gegen Fremde, die als Bedrohung der nationalen Identität interpretiert werden. Hinzu kommt ein zweites Motiv, das sich auf die spezifische religiöse Wertorientierung der Bevölkerung bezieht. Besonders in Polen, der Slowakei und in Ungarn ist die Bezugnahme auf christliche Werte bei der Konstruktion einer nationalen Identität von großer Bedeutung. Die Aufnahme von Personen anderen Glaubens mit vermeintlich divergenten religiösen oder säkularen Werten, wie dies den homosexuellen oder muslimischen Geflüchteten wahrscheinlich unterstellt wird, bildet in den Augen vieler Bürger/-innen dieser Staaten eine kulturelle Bedrohung.

Ziehen wir an dieser Stelle ein Zwischenfazit: Insgesamt zeigt sich, dass sowohl die Mehrheit aller EU-Bürger/-innen als auch die Mehrheit der Bürger/-innen der einzelnen Länder bereit ist, Geflüchteten eine Aufnahme in Europa zu gewähren, auch wenn das Ausmaß der Solidarität mit Geflüchteten zwischen den einzelnen Ländern und den verschiedenen Gruppen Geflüchteter schwankt. Die insgesamt feststellbaren hohen Zustimmungsraten sind im Kontrast zur ausgeprägten Emotionalität und Kontroversität öffentlicher Debatten über Geflüchtete in vielen EU-Ländern erstaunlich.

Solidaritätsbereitschaft der Bürger/-innen mit Geflüchteten und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien

Wie passen diese Ergebnisse zu dem Eindruck, dass rechtspopulistische Parteien, die sich gegen die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen, immer mehr an Bedeutung gewonnen haben? Zwei Gründe können für diese Differenz verantwortlich sein.

(1) Elisabeth Noelle-Neumann unterscheidet in der von ihr entwickelten „Theorie der Schweigespirale“ (1980) zwischen einer öffentlichen Meinung, die aus den Einstellungen der Bürger/-innen besteht und einer veröffentlichten Meinung, also der in Massenmedien publizierten Meinungen. Noelle-Neumann zufolge ist nur die veröffentlichte Meinung durch die Bürger/-innen wahrnehmbar, während die Meinungen der Bürger/-innen privat und in der Öffentlichkeit unsichtbar und unhörbar bleiben. Dies kann dazu führen, dass eine sich lautstark öffentlich zu Wort meldende und von den Medien kommunikativ unterstützte Minderheitenmeinung stärker erscheint als sie in Realität ist. Umgekehrt scheint die eigentliche Mehrheit, die aus den nicht kommunizierten Meinungen der Bürger/-innen besteht, deutlich schwächer als sie de facto ist. Unsere Vermutung ist, dass es den Akteuren aus dem rechtspopulistischen Lager in der letzten Dekade gelungen ist, die veröffentlichte Meinung mit ihren Themen zu bestimmen. Dazu haben sie auf ein vormals eher von linken politischen Akteuren genutztes Repertoire an Protestformen zurückgegriffen und von der Mobilisierungskraft der sozialen Medien – Facebook, Twitter, Blogs – Gebrauch gemacht. Zugleich haben die politischen Akteure, die in der Mitte und auf der linken Seite des politischen Spektrums angesiedelt sind, ungewollt dazu beigetragen, dass rechtspopulistische Positionen öffentlich stärker wahrnehmbar wurden, weil sie die neuen Konkurrent/-innen im politischen Raum selbst zum Thema der medialen Debatte gemacht haben. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, so unsere Vermutung, dass die veröffentlichte und die öffentliche Meinung, wie sie sich in den Resultaten unserer Umfrage manifestiert, auseinandergedriftet sind. Ein Beispiel für diesen Prozess ist die öffentliche Aufmerksamkeit, die hierzulande die Partei „Alternative für Deutschland“ erhält. Die AfD ist diejenige Partei im deutschen Parlament, die sich von Beginn an dezidiert gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen hat. Sie hat bei der letzten Bundestagswahl 12,6 Prozent der Stimmen erhalten. Das bedeutet umgekehrt, dass 87,4 Prozent der Wähler/-innen diese Partei nicht unterstützt haben. In der öffentlichen Diskussion kommt der AfD aber eine deutlich größere Bedeutung zu als es ihrem Stimmenanteil und ihrem bundespolitischen Einfluss entspricht.

(2) Mit unserer Umfrage messen wir die grundsätzliche Zustimmung der Bürger/-innen zur Aufnahme von Geflüchteten. Wir haben nicht erhoben, ob und in welchem Maße die Bürger/-innen mit konkreten politischen Maßnahmen einverstanden sind. Gerade in der Flüchtlingspolitik haben sich aber eine Vielzahl an Problemen aufgetan. Wir vermuten, dass die rechtspopulistischen Parteien unter anderem deswegen von den Bürger/-innen unterstützt werden, weil sie diese Probleme thematisieren und skandalisieren, nicht aber, weil die Bürger/-innen grundsätzlich gegen eine Aufnahme von Geflüchteten sind. Wir illustrieren dieses Argument an einigen Beispielen.

Ob jemand Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz hat, muss rechtlich geprüft werden. Zudem ist das Recht auf Asyl zeitlich befristet. Es erlischt dann, wenn eine Verfolgung im Herkunftsland nicht mehr besteht oder der Krieg beendet ist. Sowohl bei der Ablehnung eines Asylantrags als auch beim Wegfall des Asylgrundes muss die jeweilige Person das Land verlassen, in das sie eingewandert ist. Die Bürger/-innen unterstützen diese Rechtslage, wie wir mit unserer Umfrage ebenfalls zeigen können. Zwar unterstützen die Bürger/-innen Europas mit großer Mehrheit das Recht auf Asyl, jedoch sind 68,3 Prozent der Befragten in den 13 Ländern zugleich der Meinung, dass Personen in ihre Herkunftsländer

zurückgeschickt werden sollen, wenn der Asylgrund nicht mehr besteht, weil sich die Situation im Heimatland verbessert hat.

In der Praxis zeigt sich, dass die Verwaltungsbehörden und Gerichte die Mehrzahl der Asylanträge ablehnen. Europaweit wird laut Angaben von Eurostat nur knapp einem Drittel der Anträge stattgegeben. Geht man davon aus, dass die Verfahren zur Feststellung von Asyl in der Regel rechtlich korrekt durchgeführt werden, kann man schlussfolgern, dass viele Antragsteller/-innen versuchen, über das Asylverfahren Zugang nach Europa zu bekommen, obwohl sie faktisch in ihrem Heimatland nicht verfolgt werden. Bei den Bürger/-innen kann dadurch der Eindruck entstehen, dass das bestehende Asylrecht missbraucht wird. Dies kann wiederum die Unzufriedenheit der Bürger/-innen mit der mangelnden Fähigkeit der Regierung, die Zuwanderung auf diejenigen Personen zu begrenzen, die wirklich verfolgt werden, verstärken. Und diese Unzufriedenheit kann dazu führen, dass die Bürger/-innen politische Akteure aus dem rechtspopulistischen Lager unterstützen, weil sich diese gerade auf das Thema Asylmissbrauch konzentrieren und den Regierungen vorwerfen, das Problem des Missbrauchs nicht zu lösen. Die Unterstützung von rechtspopulistischen Akteuren durch die Bürger/-innen muss folglich nicht bedeuten, dass die Bürger/-innen sich grundsätzlich gegen das Asylrecht aussprechen. Sie sind nur gegen dessen Missbrauch.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Rückführung einmal abgelehnter Asylbewerber/-innen. Hierzu liegen uns zwar keine Daten für alle EU-Länder vor, wohl aber für Deutschland.⁴ Zum Stichtag 30. Juni 2018 gab es in Deutschland 235.000 Personen, deren Asylantrag nach Prüfung durch mehrere Behörden und meist auch Gerichte abgelehnt wurde. Diese Personen sind an sich ausreisepflichtig. Von diesen 235.000 Personen können aus unterschiedlichen Gründen allerdings nur 27.000 ausgewiesen werden. Nicht ausgewiesen werden können zum Beispiel Personen, die in Deutschland straffällig geworden sind und deren Strafverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Auch Mitglieder einer terroristischen Vereinigung können nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden, wenn zu befürchten ist, dass ihnen dort Folter droht. Personen, die keine Ausweispapiere haben bzw. diese absichtlich vernichtet haben, können ebenfalls nicht zurückgeschickt werden, weil zuerst ihre Identität festgestellt werden muss und dies in der Regel nicht möglich ist. Auch wenn die genannten Gründe aus rechtstaatlicher Perspektive legitime Gründe sind, warum abgewiesene Asylantragsteller/-innen nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können, kann die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der ausreisepflichtigen Personen auch tatsächlich zurückgeführt werden kann, den Überzeugungen der Bürger/-innen widersprechen. Wir vermuten, dass ein Teil der Bürger/-innen rechtspopulistische Akteure deswegen unterstützt, weil diese die geringe Rückführungsquote thematisieren und skandalisieren und nicht, weil die Bürger/-innen grundsätzlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen eingestellt sind.

Ein weiteres Beispiel kann dazu beitragen, unser Argument zu illustrieren. Vor allem in den Jahren 2014 bis 2016 ist es vielen Menschen über die sogenannte Balkanroute gelungen, in westeuropäische Länder einzuwandern, ohne dass ihre Identität eindeutig festgestellt wurde. Diese Gelegenheit haben auch Menschen genutzt, die zur Gruppe der radikalen Islamisten gehören. Der Anteil an Personen, die salafistischen Gruppierungen zuzuordnen sind, ist zum Beispiel in Deutschland von 7.000 Personen im

⁴ Die folgenden Informationen stammen aus der Politik-Talkshow „Hart aber fair“. Nach jeder Ausstrahlung prüfen Experten einen Teil der empirischen Behauptungen der Teilnehmenden. Anschließend publizieren sie diese Ergebnisse als „Fakten-Check“ auf der Website der Sendung <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/faktencheck/faktencheck-284.html> (Zugegriffen: 22. November 2018).

Jahr 2014 auf 9.600 im Jahr 2016 gestiegen.⁵ Man kann vermuten, dass dieser Anstieg kausal mit der Zuwanderung in dieser Zeit in Zusammenhang steht. Auch hierbei handelt es sich um einen Missbrauch des Asylrechts, den die Bürger/-innen Europas nicht nur ablehnen, sondern fürchten. Da es wiederum vor allem die rechtspopulistischen Akteure sind, die das real existierende Problem adressieren und zugleich in seiner Bedeutung hochstilisieren, unterstützen die Bürger/-innen diese Parteien und zwar nicht deswegen, weil sie legitime Asylansprüche prinzipiell verwehren, sondern weil sie ein Missbrauch des Asylrechts grundsätzlich ablehnen. Dabei ist es natürlich nicht einfach, das Ausmaß der faktischen Probleme (zum Beispiel in Form des Missbrauchs von Asyl) in seinem Verhältnis zu dem von politischen Akteuren definierten Problemen genau zu bestimmen, weil in einer Konkurrenzdemokratie diejenigen Akteure vermeintliche Probleme thematisieren, die sich von einer Skandalisierung mehr Unterstützung durch die Bürger/-innen, zum Beispiel in Form von Wählerstimmen, versprechen.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus unseren Ergebnissen für das politische Handeln nationaler und europäischer Institutionen? Die Solidarität der Bürger/-innen mit Geflüchteten ist eine konditionierte Solidarität. Wenn die Bürger/-innen den Eindruck haben, dass die Maßnahmen zur Aufnahme von Geflüchteten nicht das eigentliche Ziel erreichen, dann wird sich dies negativ auf ihre Solidaritätsbereitschaft auswirken. Die Flüchtlingskrise hat in Ländern wie Finnland, Schweden, Deutschland, Österreich und den Niederlanden gezeigt, was passiert, wenn die Regierungen zumindest vorübergehend nicht in der Lage sind, unter den zuwandernden Personen zwischen Asylsuchenden mit legitimem Fluchtgrund und Personen mit anderen, nicht von der Asylgesetzgebung anerkannten Gründen zu unterscheiden. In allen genannten Ländern haben rechtspopulistische Parteien starken Zulauf erhalten.

Natürlich ist es nicht einfach, einen möglichen Missbrauch des Asylrechts zu verhindern und Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. In der politischen Praxis gestaltet sich beispielsweise die Rückführung derjenigen Asylantragsteller/-innen als besonders kompliziert, die als solche anerkannt sind, deren Asylgrund aber hinfällig geworden ist, weil sich die Situation im Heimatland nach einigen Jahren verbessert hat. Da der Zeitpunkt der Verbesserung der Situation im Heimatland nicht absehbar ist, sollten anerkannte Asylantragsteller/-innen und ihre Familienmitglieder in die Ankunfts-gesellschaft vollständig integriert werden, damit sie nicht – zum Schaden der Personen, aber auch der aufnehmenden Gesellschaft – marginalisiert werden. Gelingt die Integration, spricht faktisch nichts dagegen, ihnen einen dauerhaften Aufenthalt im Zielland der Migration zu gewähren, auch wenn der Asylgrund nicht mehr besteht. Damit die Bürger/-innen eine solche als „Spurwechsel“ bezeichnete Änderung des Status vom Asylantragsteller zum normalen Migranten akzeptieren, wird es aber darauf ankommen, dass die beiden Zugangswege symbolisch sehr genau getrennt bleiben. Bildhaft gesprochen, sollten die jeweiligen Personen als Asylantragsteller/-innen mit hinfällig gewordener Aufenthaltslegitimation mit dem Flugzeug in ihre Heimatländer zurückgefliegen werden, um mit der nächsten Maschine wieder einzureisen und als Migrant/-innen einzuwandern.

Nach unserer Ansicht ist es eine entscheidende Schwäche gerade des links-kosmopolitischen Lagers, das sich am stärksten für eine Aufnahme von Geflüchteten einsetzt, dass es die Probleme bei der Umsetzung einer Solidarität mit Geflüchteten nicht hinreichend wahrnimmt und thematisiert bzw. entstandene Probleme häufig bagatellisiert. Dies kann den Zulauf der Bürger/-innen zu rechtspopulistischen Parteien verstärken, die die entstandenen Probleme auf die Agenda setzen. Gerade, wenn

⁵ www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/islamistisches-personenpotenzial-2016 (Zugegriffen: 22. November 2018).

man eine Solidarität mit Geflüchteten weiter fördern will, muss man auch die Probleme und Missstände thematisieren und versuchen, sie zu beheben.

Literatur

- Bansak, Kirk, Jens Hainmueller und Dominik Hangartner. 2016. How Economic, Humanitarian, and Religious Concerns Shape European Attitudes Toward Asylum Seekers. *Science* 354:217–222.
- Gerhards, Jürgen, Silke Hans und Jürgen Schupp. 2016. Kant, das geltende Recht und die Einstellungen der Bürger zu Geflüchteten und anderen Migranten. *Leviathan* 44:604–620.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld, Zsófia S. Ignácz, Florian K. Kley und Maximilian Priem. 2019. *How Strong is European Solidarity? Insights from a Thirteen Country Survey*. Abingdon, Oxon/New York, NY: Routledge.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. 1980. *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. Langen Müller: München.